

Vorsitzender:
Peter Tomaschko
Augsburger Str. 23-25
86415 Mering
Tel. 0 82 33 / 79 34 10
Fax: 0 82 33 / 79 34 11
e-mail: info@peter-tomaschko.de

15.03.2023

Antrag der CSU-Fraktion: Krankenhausfinanzierung durch Soforthilfeprogramm sichern und Krankenhausreform der Bundesregierung stoppen!

Erläuterung:

Die Krankenhäuser in Bayern und damit auch unsere Kliniken in Aichach und Friedberg leiden unter der Kostenexplosion durch die hohe Inflation und die stark gestiegenen Energiepreise. Zudem bedrohen die Reformpläne der Bundesregierung vor allem kleinere Krankenhäuser im ländlichen Raum, wie auch die Kliniken an der Paar im Landkreis Aichach-Friedberg.

Krankenhausfinanzierung:

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) befürchtet, dass es 2023 in Deutschland zu zahlreichen Klinik-Insolvenzen kommen könnte. Laut des aktuellen Krankenhaus-Barometers des Deutschen Krankenhausinstituts (DKI), eine jährlich durchgeführte Repräsentativbefragung der Allgemeinkrankenhäuser in Deutschland, rechnen 59 % der Kliniken für 2022 mit roten Zahlen (2021 betrug dieser Anteil noch 43 %). Der Anteil der Krankenhäuser mit einem positiven Jahresergebnis wird sich der Umfrage zufolge demnach mehr als halbieren, von 44 auf voraussichtlich 20 %.

Zudem wird angenommen, dass die von der Bundesregierung angekündigten Finanzhilfen zum Ausgleich der Energiepreissteigerungen das strukturelle Defizit nicht ausgleichen können. Von den im Härtefallfonds bereitgestellten sechs Mrd. Euro für die Krankenhäuser kommen 1,5 Mrd. durch pauschale Verteilung nach Betten auch tatsächlich bei den Krankenhäusern an. Die restlichen vier Mrd. Euro können nur zu einem sehr

geringen Anteil durch die Häuser abgerufen werden. Die Kliniken an der Paar können hiervon nicht partizipieren und werden keinen Anteil erhalten.

Der von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach angekündigte Vorrang der Medizin vor der Ökonomie ist ein leeres Versprechen. Auch im kommenden Jahr würden die Kosten der Krankenhäuser doppelt so schnell steigen wie die staatlich festgelegten Preise. Das strukturelle Defizit würde sich dann auf rund 15 Milliarden Euro summieren.

Zwar können die Kliniken laut Bayerischer Krankenhausgesellschaft für 2023 mit Mehreinnahmen von 4,3 % rechnen. Dem gegenüber stehen jedoch Mehrausgaben durch die hohe Inflation von rund 10 %. Hinzu kommen Energiekosten, die sich - je nach Lieferant - verdoppeln bis sogar vervierfachen. Um die Verluste auszugleichen, reicht das vom Bundesgesundheitsministerium angekündigte Hilfsprogramm in Höhe von insgesamt sechs Milliarden Euro bei weitem nicht aus.

Um die Ausfälle der Einnahmen zu kompensieren, die entstanden sind, da Betten während der Coronapandemie nicht so belegt werden konnten, wie es vor der Pandemie geplant war, wurden Ausgleichszahlungen gezahlt. Diese Zahlungen aus Bundesmitteln unterstützten die Krankenhäuser während der Pandemie. Nun droht der Bund mit der Rückforderung der Ausgleichszahlungen aus 2021 und 2022. Die Kliniken an der Paar sehen sich hier im Ungewissen. Bisher muss davon ausgegangen werden, dass die bereits erstatteten Ausgleichszahlungen im Rahmen der Entgeltverhandlungen von den Kostenträgern zurückgefordert werden. Ein Bescheid der Förderstelle liegt bisher nicht vor. Eine Rückzahlung würde die finanzielle Situation weiter verschärfen.

Krankenhausreform:

Neben den finanziellen Belastungen bedrohen die Reformpläne der Bundesregierung die Krankenhäuser zusätzlich. Aus den bisher bekannten Reformvorschlägen würde sich ein regelrechter Kahlschlag für die bayerische Krankenhauslandschaft ergeben. Der Bayerische Gesundheitsminister Klaus Holetschek stellte ein Gutachten vor, das die negativen Folgen der Reform aufzeigt. 13% der bayerischen Krankenhäuser dürften demnach nur noch eine ambulant-stationäre Basisversorgung anbieten und müssten ihr Angebot verschmälern. Dazu würden auch die Kliniken an der Paar gehören. Dort müssten unter Umständen die Abteilungen Geburtshilfe/Gynäkologie, Kardiologie, Gastroenterologie, HNO, Orthopädie und Unfallchirurgie sowie die Viszeralchirurgie geschlossen werden.

Im Landkreis Aichach-Friedberg wird die stationäre sowie die notfallmedizinische Versorgung durch die Kliniken an der Paar in Aichach und Friedberg sichergestellt. Eine Reform der Krankenhäuser ist zwar notwendig, diese darf aber nicht zulasten der Patientinnen und Patienten durchgeführt werden. Sowohl das Krankenhaus in Aichach als auch in Friedberg würden nach den Reformvorschlägen in das sog. Level I eingestuft werden. Level I Krankenhäuser dürfen dann nur noch eine medizinische und pflegerische Basisversorgung anbieten. Dies wären zum Beispiel grundlegende chirurgische und internistische Eingriffe. Kann nur eine der Mindestanforderung des Level II nicht erfüllt werden, wird das Krankenhaus in Level I eingestuft. Dies hat zur Folge, dass viele bisher erbrachte Leistungen und Fachabteilungen wegfallen bzw. geschlossen werden müssen.

Das Leistungsspektrum der Kliniken an der Paar müsste demnach deutlich eingeschränkt werden. Ein Beispiel wäre die Geburtshilfe, die als Level II eingestuft wird. Dies würde bedeuten, dass im Landkreis Aichach-Friedberg keine Geburten mehr in den Krankenhäusern stattfinden dürfen. Aber auch Herzkatheter-Eingriffe, Magen- und Darmspiegelungen sowie orthopädische Operationen wie Knie- oder Hüftgelenke würden nicht mehr angeboten werden können. Für die Patientinnen und Patienten aus dem Landkreis würde dies deutlich weitere Fahrwege bedeuten.

Der Werkausschuss des Kreistages Aichach-Friedberg fordert daher die Bundesregierung auf,

- vor einer großen, strukturellen Reform zuerst ein Soforthilfeprogramm für unsere Krankenhäuser aufzusetzen, um diese kurzfristig finanziell zu stabilisieren, indem man Kostensteigerungen auffängt und die Finanzierungslücke bei den Betriebskosten umgehend schließt. Hierzu braucht es einen Inflationsausgleich in voller Höhe sowie die Übernahme der tatsächlichen Energie-Mehrkosten.
- die Kliniken mit der Zurückzahlung von Corona-Ausgleichszahlungen und der damit verbundenen zusätzlichen finanziellen Herausforderung nicht weiter zu belasten. Der Bund muss hier schnell Rechtssicherheit schaffen.
- die von Bundesgesundheitsminister Lauterbach geplante Krankenhausreform, die zu einem völlig inakzeptablen Kahlschlag bei den Klinikstandorten und zu massiven Einschnitten beim Leistungsspektrum führen würde, zu stoppen und grundlegend zu überarbeiten. Vor allem der ländliche Raum darf bei der Reform nicht als Verlierer dastehen. Die Versorgungsstruktur im Landkreis Aichach-Friedberg darf nicht verschlechtert werden.

Peter Tomaschko, MdL
Vorsitzender der CSU-Kreistagsfraktion